Schweizerisches B u n d e s b l a t t.

Jahrgang VI. Band I.

N^{ro.} 1.

Mittwoch, den 4. Januar 1854.

Man abonniert ausschließlich beim nächstgelegenen Postamt. Preis für das Jahr 1854 im ganzen Umfange der Schweiz portofrei Frkn. 4. 40 Centimen. Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden. Gebühr 15 Centimen per Zeile oder deren Raum.

Bericht und Anträge

der

Majorität der nationalrätlichen Kommission zu den
Gesetzesentwürfen, betreffend Errichtung einer
eidgenössischen Universität und einer eidgenössischen
polytechnischen Schule.

(Vom 4. August 1853.)

T i t.

Die Commission, welcher Sie die Gesetzesentwürfe, betreffend Errichtung einer eidgenössischen Universität und einer polytechnischen Schule zur Begutachtung überwiesen haben, theilt sich in eine Mehrheit und Minderheit. Die Mehrheits- und Minderheitsanträge stehen sich aber nicht in der Weise gegenüber, daß der eine Theil der Commission sich für, der andere gegen die Errichtung einer eidgenössischen Hochschule erklärt, sondern der Antrag

einer Minderheit wurde — wenn auch von den zwei Mitgliedern, welche dieselbe bilden, verschieden motivirt — doch bei der Schlußberathung dahin gestellt: „es sei die Berathung des Gesetzesentwurfs für Errichtung einer eidgen. Universität und einer polytechnischen Schule auf unbestimmte Zeit zu verschieben,“ während die Mehrheit der Commission beantragt: „in die Berathung des Gegenstandes einzutreten und auf Grundlage des vorliegenden Gesetzesentwurfes diejenigen Abänderungen im Vorschlag bringt, welche sich am Schlusse des Berichtes zusammengestellt finden.“

Da die Minorität (bestehend aus den Hrn. Hungerbühler und Camperio) sich vorbehalten hat, ihre Minderheitsansicht selbst zu motiviren, so wird im gegenwärtigen Bericht nur der Antrag der Mehrheit seine nähere Begründung finden.

So umfangreich die Aufgabe ist, welche den Gegenstand unserer Berichterstattung bildet, so wird dieselbe doch wesentlich erleichtert durch die Vorarbeiten, welche bei der Commissionälerathung vorlagen, und die auch den Mitgliedern des Nationalraths schon seit längerer Zeit bekannt sind.

Es ist die Frage der Errichtung einer schweizerischen Universität und einer polytechnischen Schule theils durch die Botschaft des Bundesrathes vom 5. August 1851, theils und ganz besonders durch die Berichte der vom Bundesrathe unterm 7. Mai 1851 niedergesetzten Experten-Commissionen nach allen Seiten hin so umfassend beleuchtet worden, wie es die Wichtigkeit des Gegenstandes verdient.

Die historischen Beziehungen dieser Frage, die national-vaterländischen wie die wissenschaftlichen Gründe, welche für das Bedürfniß und für die Zweckmäßigkeit

der Errichtung solcher Anstalten sprechen, sind in den erwähnten Berichten so überzeugend ausgeführt worden, daß wir in Wiederholungen verfallen müßten, wollten wir alle diese verschiedenen Beziehungen der Frage abermals auseinander setzen. Wer durch das, was in den bisherigen Berichten für die Errichtung einer schweizerischen Hochschule gesagt wird, noch nicht überzeugt worden ist, den würde man wohl auch durch neue Ausführung jener Gründe nicht überzeugen können.

Wir glauben uns endlich einer nochmaligen Ausführung und Entwicklung aller der Gründe, welche für die Errichtung einer Hochschule sprechen, auch deshalb um so eher enthalten zu sollen, als der Antrag der Minderheit nicht gegen die Sache selbst, sondern nur gegen die Behandlung der Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt gerichtet ist.

Indem wir uns daher im Allgemeinen auf die in der Botschaft des Bundesrathes und in den besondern Berichten der Experten-Commission enthaltenen Darstellung beziehen, liegt uns zunächst besonders ob, den Antrag zu rechtfertigen, den die Majorität der Commission dahin stellt: „in die Berathung der vorliegenden Entwürfe jetzt einzutreten“, gegenüber dem Minderheitsantrag, der die Behandlung derselben auf unbestimmte Zeit verschieben will. — Sodann haben wir die wichtigsten Abänderungsanträge noch näher zu motiviren, welche die Commission in Vorschlag bringt. — Die Mehrheit der Commission vermag keine hinreichenden Gründe zu finden, die den Nationalrath bestimmen sollten, die Behandlung dieser Frage einer ungewissen Zukunft anheimzustellen.

Wenn es sich darum handelt, Gesetze von solcher Wichtigkeit in Berathung zu nehmen, so wäre allerdings jeder Antrag auf Verschiebung der Behandlung

schon dann gerechtfertigt, wenn angenommen werden dürfte, daß das Material, noch nicht vollständig vorhanden, die Frage in dieser oder jener Beziehung noch nicht in der Weise geprüft und vorbereitet sei, daß die gesetzgebende Behörde mit voller Sachkenntniß berathen und entscheiden könne.

Ein solcher Grund für Verzögerung liegt nun aber bei der obschwebenden Frage nicht vor, indem allseitig zugegeben werden muß, daß namentlich durch die Vorarbeiten der Experten-Commission der Gegenstand nach allen Richtungen mit Vollständigkeit und Gründlichkeit beleuchtet worden ist. Auch hat die Minorität der Commission selbst sich nicht veranlaßt gefunden, ihren Verschiebungsantrag mit Unvollständigkeit des vorliegenden Materials zu begründen, oder auch nur in der Commission die Bervollständigung desselben in irgend welcher Richtung zu verlangen.

Als ein Grund, der für Verschiebung sprechen soll, wurde dagegen vorzugsweise der Umstand hervorgehoben, daß seit Annahme der neuen Bundesverfassung von Seite der Bundesbehörde so Vieles geschehen sei, um dieselbe in das Leben einzuführen, daß es rathsam erscheinen müsse, nun einige Zeit einzuhalten und auf Projekte zu verzichten, die eine Vermehrung der Bundesausgaben nach sich ziehen.

Allerdings ist in den letzten Jahren, namentlich in Bezug auf materielle Fragen, so weit dieselben in die Competenz der Bundesbehörden fallen, Vieles geschehen, um diejenige Centralisation durchzuführen, welche vom neuen Bunde gefordert wird; so im Postwesen, in der Zollgesetzgebung, im Münzwesen und in neuester Zeit, wenn auch mit Ansetzung einer mehrjährigen Frist, in Bezug auf einheitliches Maß- und Gewichtssystem. —

Die Organisation des eidgenössischen Wehrwesens findet mit großen Opfern des Bundes, der Cantone und der Wehrpflichtigen ihre Durchführung. Es säumten die Bundesbehörden nicht, in all' diesen verschiedenen Beziehungen, auch da, wo die Interessen der Cantone und der Bürger in höherem Grade in Mitleidenschaft gezogen werden mußten, als bei derjenigen Frage, welche uns jetzt beschäftigt, — rüstig vorwärts zu schreiten, und mit der durch günstige Verhältnisse gestatteten Beförderung dem Lande dasjenige zu gewähren, was das schweizerische Volk mit der Annahme der neuen Bundesverfassung selbst gefordert hat. Fragen wir nun aber, was in Bezug auf die neben den materiellen Fragen gewiß nicht zu mißachtenden geistigen Interessen, was namentlich in Bezug auf die Ausführung des Art. 22 der neuen Bundesverfassung geschehen sei, so sehen wir, daß zwar seit der ersten Constituirung der neuen Bundesbehörden dieser Gegenstand wiederholt in Anregung gebracht wurde, daß aber Alles bis auf die neueste Zeit im Stadium der Vorberathung geblieben ist.

Schon im November 1848, in der ersten Sitzung der Bundesversammlung, ertheilte der Nationalrath dem Bundesrath den Auftrag, für Einführung einer eidgenössischen Hochschule und einer polytechnischen Schule Gutachten und Anträge vorzulegen. Unterm 17. Dezember 1850 wurde demselben dieser Auftrag in Erinnerung gebracht und im Jahre 1851 bei Berathung des Budgets die nöthigen Summen angewiesen, um durch Einberufung von Experten die Ausarbeitung hierauf bezüglicher Gesetzesentwürfe zu fördern.

Der Nationalrath hat also bereits sich dafür ausgesprochen, daß diese Frage nicht liegen bleiben, sondern ebenfalls ihrer Erledigung entgegengeführt werden soll.

Die Majorität Ihrer Commission findet nun, es sei an der Zeit, und es liege in der Pflicht der Bundesbehörden, zu beweisen, daß sie bei allem Interesse, das sie den materiellen Fragen bisher zugewendet haben, und auch ferner noch widmen werden, doch auch die eminenten geistigen, politisch-nationalen Interessen nicht aus dem Auge verlieren, welche an die Errichtung der im Art. 22 der neuen Bundesverfassung in Aussicht gestellten Institute geknüpft sind.

Allein so sehr sie mit dem Bundesrath und mit der Mehrheit der Experten-Commission von dem Bedürfniß und von der Zweckmäßigkeit dieser Anstalten überzeugt ist, so würde auch sie mit der Minorität für die Verschiebung dieser Frage stimmen, wenn die finanziellen Verhältnisse des Bundes so gestaltet wären, daß sie der Ausführung des Art. 22 Hindernisse entgegenstellen würden, oder daß man annehmen müßte, es könnte das beabsichtigte Ziel nur dann erreicht werden, wenn die Kantone zu direkten Geldbeiträgen angehalten werden.

Auch sie muß zugeben, daß die Finanzen der Kantone theils für Befreiung ihrer kantonalen Bedürfnisse im Allgemeinen, theils ganz besonders durch die Anforderungen der neuen eidgenössischen Militärorganisation in solchem Maasse in Anspruch genommen werden, daß man den Kantonen nicht zumuthen könnte, ihre Budgets auch noch mit Geldbeiträgen für die beantragten Institute zu erhöhen. Auch läßt sich nicht in Abrede stellen, daß schon bei Entwerfung der Bundesurkunde sowohl in der Revisions-Commission als in der constituirenden Tagessatzung die Ansicht vorherrschte, daß diese Institute nur dann ins Leben eingeführt werden sollen, wenn die finanziellen Verhältnisse des Bundes es wirklich gestatten. Es führt dieß nothwendig zur Erörterung der finanziellen

Seite des Gegenstandes, zur Beleuchtung der Frage, ob die Finanzen des Bundes es wirklich zulassen, daß ohne längeres Zögern Hand ans Werk gelegt werde.

Die Commission weiß den Einfluß, den voraussichtlich diese Seite der Frage auf die Berathung der Bundesversammlung haben wird, und haben muß, so sehr zu würdigen, daß sie dieselbe zum Gegenstand eines besondern Berichtes macht, welcher die finanziellen Verhältnisse des neuen Bundes im Allgemeinen und in ihrer speziellen Beziehung zur vorliegenden Frage einer umfassenden Beleuchtung unterwirft, auf den wir daher hier verweisen können.

Durch die in jenem Spezialbericht über die finanziellen Beziehungen der Frage gegebenen Nachweisungen wird überzeugend dargethan, daß auch die finanzielle Seite der Frage keine begründeten Bedenken einflößen kann, und daß in derselben kein hinreichender Grund liegt, der eine Verschiebung der Behandlung dieser Angelegenheit rechtfertigen würde. Ja es muß vielmehr als eine Forderung weiser Staatsökonomie betrachtet werden, gesicherten Mehreinnahmen eine im Sinn und Geist des Bundes wie im wohlverstandenen Interesse der schweizerischen Nation liegende bestimmte und regelmäßige Verwendung anzuweisen, indem die Erfahrung lehrt, daß ohne dieß nur zu leicht Rechnungsvorschüsse für verschiedene andere, oft weniger zu rechtfertigende Ausgaben in Anspruch genommen werden.

Wenn man unter so günstig gestalteten finanziellen Verhältnissen noch nicht Hand anlegen will, solche nationale Institute ins Leben zu führen: wann soll es dann geschehen?

Sehen wir uns vor, daß die Zukunft uns nicht einst den wohl begründeten Vorwurf machen kann, wir hätten

auch in dieser Richtung dem neuen Bunde Geist und Leben geben können, allein es habe am ernstesten, entschlossenen Willen gefehlt.

Wenn so die Mehrheit Ihrer Commission nirgends stichhaltige Gründe finden kann, um die Behandlung der Frage auf unbestimmte Zeit zu verschieben, so findet sie dagegen andererseits sehr gewichtige Momente, die entscheidend dafür sprechen, ohne längeres Zögern dasjenige ins Leben treten zu lassen, dessen Ausführbarkeit finanziell nachgewiesen ist.

Dafür spricht nach unsrer Ueberzeugung vor Allem die politisch-vaterländische Seite der Frage mit ihrer besondern Beziehung auf unsre neuen Bundesinstitutionen.

Jeder Staat, in welcher Form immer er sich ausgebildet haben mag — wenn ihm an seinem Gedeihen, an einer fortschreitenden Entwicklung, ja auch nur an einem dem Staatszweck selbst entsprechenden Fortbestand gelegen ist, — muß Erziehung und wissenschaftliche Bildung zum Gegenstand seiner ganz besondern Fürsorge machen.

Neue politische Formen, die ein Volk sich gibt, machen es den Behörden, die in dieser neuen Form die Zwecke des Staatsverbandes verfolgen sollen, doppelt zur Pflicht, gleich im Anfang und sobald es nur immer die vorhandenen Mittel gestatten, ihr Interesse der Erziehung und Bildung derjenigen Männer zuzuwenden, von deren Kenntnissen und Gesinnungs-Tüchtigkeit die Erhaltung und Entwicklung des neuen Staatsorganismus vorzugsweise abhängt. Dieß sind gerade diejenigen, die ihre Ausbildung für ihr künftiges Wirken im Staate in höhern Bildungsanstalten zu erwerben angewiesen sind.

Von dieser Wahrheit waren schon jene Behörden durchdrungen, welche nach Einführung der helvetischen

Verfassung am Ende des vorigen Jahrhunderts an der Spitze der eidgenössischen Verwaltung standen. So sprach sich eine Botschaft der damaligen obersten Vollziehungsbehörde vom 18. November 1798 unter Anderm folgendenmaßen aus:

„Wir bedürfen ein allumfassendes Institut, worin Wissenschaften und Künste in möglichster Ausdehnung und Vollständigkeit gelehrt und durch die vereinten Nationalkräfte von den reichsten Hülfsmitteln umringt würden. Aus dieser Anstalt gienge ein Ausschuss der fähigsten und verdienstesten Männer hervor, welche ganz den höhern Wissenschaften und der Erweiterung des Gebiets menschlicher Einsicht und Kunstfähigkeit lebten. . . .

„Das Bedürfnis der Einheit in Grundsätzen und Gesinnung deutet auf eine solche Universität oder Centralanstalt hin. . . .

„Hier werden die Zöglinge der verschiedenen Kantone in den Jahren, wo der Kopf für Belehrung, das Herz für freundschaftliche Gefühle offen ist, Verbindungen unter sich eingehen und aus dem gemeinschaftlichen begeisternden Unterrichte aufgeklärter und patriotisch gesinnter Lehrer Grundsätze und Entschlüsse wieder nach Hause tragen, welche bald in die entlegensten Thäler unserer Vaterlandes Einheit der Absichten und Gesinnungen verbreiten müssen.“

Ist auch diese schöne Idee unter den damaligen Zeitverhältnissen bloßes Projekt geblieben, so gibt uns doch diese Auffassung ein Zeugnis dafür, wie schon damals die Errichtung einer solchen Centralbildungsanstalt als ein nothwendiger Ausbau der neuen politischen Gestaltung des Bundes angesehen worden ist.

Man wird uns entgegen: unter den damaligen Zeitverhältnissen sei die Centralisation viel weiter gegan-

gen als jetzt, und so sei es natürlich, daß auch das Erziehungswesen in die Competenz der Bundesbehörden gezogen worden sei.

Allerdings. Allein man darf dabei nicht vergessen, daß wenn auch die Eidgenossenschaft unter der jetzigen Bundesverfassung mit einem Einheitsstaate keineswegs auf gleiche Linie gestellt werden darf, dieselbe denn doch einen politischen Organismus erhalten hat, der ungemein weit vom frühern lockern Staatenbunde entfernt ist, und der, wenn er auch den größten Theil des Erziehungs wesens, so namentlich das Elementarschulwesen, die Sekundarschulen, ja auch noch die Gymnasien und Industrieschulen den Kantonen überlassen hat, denn doch die höhere Ausbildung, wie sie nur auf Hochschulen und einer wohlorganisirten centralen polytechnischen Anstalt erworben wird, in die Sphäre der Fürsorge des Bundes ziehen kann und ziehen soll; und zwar gerade deshalb, weil der hiebei beabsichtigte Zweck in genügender Weise durch die beschränkten Kräfte einzelner Kantone nicht erreicht werden kann.

Die Bedenken, welche auch heut zu Tage von den Gegnern einer eidgenössischen Hochschule vorgebracht werden, wurden schon damals, als es sich um Gründung der neuen Bundesverfassung handelte, dem Antrag für Aufnahme des Art. 22 entgegengestellt. Aber sowohl in der Revisions-Commission als ganz besonders bei der constituirenden Tagsatzung des Jahres 1848, also bei einer Verhandlung, die sich auf von den verschiedenen Instruktionsbehörden der Kantone ertheilte Instruktionen gründete, fanden jene Einwendungen entschiedene Widerlegung. Namentlich war man sich der großen politischen Bedeutung, welche die Errichtung solcher gemeinsamen höhern Centralunterrichtsanstalten für den neuen Bund

haben müsse, wohl bewußt, wie dieß auf schlagende Weise aus den Motiven hervorgeht, mit welchen die Aufnahme des Art. 22 gerechtfertigt worden ist.

Wir können auch jetzt noch diese Seite der Frage nicht besser zu Gemüthe führen, als dadurch, daß wir an die Begründung erinnern, welche sich bei den hierauf bezüglichen Verhandlungen der constituirenden Tagsatzung (in dem Protokoll der Sitzung vom 14. Juni 1848)*) niedergelegt findet.

„Die Eidgenossenschaft, wurde bemerkt, stehe im Begriffe, die Idee eines wahrhaften Bundesstaates in die Wirklichkeit einzuführen. Die neue Verfassung enthalte so bedeutungsvolle Elemente, daß es nicht gleichgültig sein könne, wem die weitere Entwicklung dieser Prinzipien anvertraut werde. Es habe deßhalb die Eidgenossenschaft die Bestimmung, den künftigen Lenkern des Staats, so wie den Vorständen der Kirche durch die Erziehung einen nationalen republikanischen Charakter zu geben.

„Die Wissenschaft dürfe nicht als ein bloßes Abstraktum betrachtet werden, vielmehr müsse sie in lebendiger Wechselbeziehung stehen zu den jedesmaligen Verhältnissen des Landes. Es sei keineswegs gleichgültig für die Zukunft der Schweiz, daß ihre Geistlichen da ihre Studien machen, wo man die Prinzipien des Ultramontanismus verkündige, wo man den Grundsatz predige, daß der Staat in der Kirche aufgehe, daß die Kirche über dem Staate herrsche. Diesem Grundsatz habe man es zu verdanken, daß eine Spaltung, wie zur Zeit des Sonderbundes, in der Schweiz habe eintreten können, und daß ein großer Theil unserer Bevölkerung einer totalen

*) Siehe Tagsatzungsabschied von 1847, IV. Theil, Pag. 187.

geistigen Metamorphose entgegen gehen müsse. Gleiches Interesse habe die Schweiz in Beziehung auf die übrigen Fakultätswissenschaften. Es müsse ihr daran liegen, daß dieselben in einem durchaus nationalen Geiste vorge-
tragen werden. In der Jurisprudenz bilde allerdings die römische Rechtsanschauung die Grundlage; diese Gesetzgebung habe aber namentlich in Beziehung auf das Personenrecht die wesentlichsten Abänderungen erlitten. Aehnlich verhalte es sich in Beziehung auf das Eherecht und das Staatsrecht, welche Disciplinen nicht im Auslande gelernt werden können. Für die Naturwissenschaften endlich, die so enge mit der Medizin verwandt seien, biete unsere erhabene Natur so außerordentliche Schätze dar, daß eine unmittelbare Anschauung ein unabweisbares Erforderniß sei. Die Philosophie müsse für die Schweiz eine ganz andere Bedeutung erlangen.

Wenn die schweizerischen Kantone bis jetzt nur in der Form eines Schutz- und Trugbündnisses zu einander gestanden, so sollen sie sich für die Zukunft zu einem Bundesstaate vereinigen, welcher die materiellen und die geistigen Interessen der Nation gleichmäßig wahrnehme. In dem Entwurfe liege der Grundgedanke, daß die Kantone immer mehr zur Nationalität sich entwickeln sollen. Nun lasse sich nicht verkennen, daß diese Nationalität, wie sie historisch sich gebildet habe, noch einer nachhaltigen Beförderung bedürfe. Ein Hauptmittel dazu liege in der Centralisation der geistigen Interessen. So lange die schweizerische Jugend deutscher oder französischer Zunge noch genöthigt sei, die wissenschaftlichen Studien noch im Auslande durchzumachen, werde der Einzelne sich mehr zu seinen Sprachgenossen hingezogen fühlen und um so weniger seiner Nationalität sich bewußt werden. Die Vortheile, welche man sich von einer Gesamt-

hochschule verspreche, dürften daher keineswegs für chimärische Ideen gehalten werden. — Den Kantonen bleibe dann dasjenige überlassen, wozu ihre beschränkten Kräfte ausreichen; hingegen auf dem Gebiete, wo dieselben nicht auszureichen vermögen, habe der Bund die Pflicht, von sich aus einzuschreiten. Dieser Grundsatz habe im Militärwesen bereits Eingang gefunden. Die Vorschläge des Artikels stehen in richtigem Verhältniß zu demjenigen, was in Beziehung auf das Militärwesen bereits angenommen worden sei, während hingegen die beantragte vollständige Centralisation des Erziehungswesens allerdings mit der Idee des Föderalismus sich nicht vereinbaren ließe. Die schweizerische Hochschule werde wesentlich dazu beitragen, das Grundübel, an dem die Eidgenossenschaft leide, die Intoleranz zu verbannen; sie werde im Interesse der Einigung die verschiedensten Geistesrichtungen vertreten; sie sei berufen, dem Vaterlande republikanische Beamte zu erziehen, welcher Aufgabe die Universitäten in Monarchien unmöglich gewachsen sein können.“

Von solchen Betrachtungen geleitet, hat die constituirende Tagsatzung den Art. 22 in die Bundesverfassung aufgenommen.

Was im Jahr 1848 Wahrheit war, ist es heute noch, und die gleichen Beweggründe, welche die damalige oberste Bundesbehörde bei der Aufnahme jenes Artikels geleitet haben, müssen auch für die jetzigen Bundesbehörden maßgebend sein, denselben ohne längeres Zögern in Ausführung zu bringen und dieß um so mehr, als die Besorgniß, die damals noch waltete, als ob die Verwirklichung dieser Idee kaum ohne direkte Beiträge der Kantone zu erwarten sei, und die wesentlich dazu beitrug, daß die Fassung jenes Artikels mehr fakultativ

als obligatorisch gehalten ist, durch den gegenwärtigen Finanzzustand des Bundes als gehoben betrachtet werden darf. Die Kantone wissen oft unter weit schwierigeren Verhältnissen den Anforderungen, welche die Fürsorge für das Erziehungswesen an sie stellt, Genüge zu leisten. Der Bund darf und soll unter weit günstiger gestellten Finanzen in derjenigen Sphäre des höhern Unterrichts, deren Pflege ihm anheim gestellt ist, nicht zurückbleiben.

Eine eidgenössische Universität und eine eidgenössische polytechnische Schule sollen den schönen Schlussstein bilden zu dem Bau, der im Jahr 1848 aufgerichtet worden ist. Der neue Bund erhalte nationale Bildungsstätten nicht dazu bestimmt, das eigenthümliche Leben der Bundesglieder zu zerstören; wohl aber dazu berufen, dem neuen Bundesstaate durch Erziehung und Bildung der Männer, von deren künftigem Wirken eben sowohl das Gedeihen des Bundes als der Kantone abhängt, einen intellektuellen und nationalen Halt zu geben. — Eine schöne Zukunft der neuen Eidgenossenschaft ist wesentlich bedingt durch Verwirklichung derjenigen Ideen, welche den Artikel 22 der neuen Bundesverfassung ins Leben gerufen haben.

Neben dieser mehr politischen Beziehung der vorliegenden Frage ist es dann aber besonders auch die Rücksicht auf die confessionellen Verhältnisse, welche an den Bund und seine Behörden die ernste Mahnung richtet, mit der Errichtung einer für die Glaubensgenossen beider Confessionen bestimmten gemeinsamen Hochschule nicht länger zu zögern. Oder wer möchte es bezweifeln, daß die Trennung, welche in dieser Beziehung ganz besonders in Bezug auf die Theologie studierenden Jünglinge beider Confessionen bisher bestanden hat, wesentlich zu denjenigen Mißverhältnissen, zu der bedauerlichen Spannung

unter den confessionell geschiedenen Bevölkerungen mitgewirkt hat, wie dieselbe in der neuern Zeit zu Tage getreten ist.

Das Bedürfnis einer gemeinsamen höhern Lehranstalt, in welcher neben den protestantischen Jünglingen auch die Katholiken, die sich der Theologie widmen wollen, sich für ihren künftigen Beruf eine tüchtige Bildung erwerben könnten, ist längst so allgemein anerkannt und gefühlt worden, daß dieser Gesichtspunkt keiner weitem Ausführung bedarf.

Was in Bezug auf die geistigen Nachtheile, welche die Bildung der katholische Theologie studierenden Schweizerjünglinge an französischen und italienischen Anstalten mit sich bringt, im Expertenbericht gesagt wird, verdient gewiß alle Beherzigung. Es bleibt uns in dieser Beziehung nur übrig, noch beizufügen, daß gerade diejenigen Mitglieder der Commission, welche der katholischen Confession angehören, mit der größten Entschiedenheit sich dafür ausgesprochen haben, daß den dießfalls bestehenden und von keiner Seite in Abrede gestellten Mißbeständen im Interesse des Bundes und ganz besonders im Interesse des confessionellen Friedens in der Eidgenossenschaft abgeholfen werden möchte.

Sollte man aber diese Abhülfe den einzelnen Kantonen oder auch einem Konkordate überlassen wollen, so werden alle dießfälligen noch so wohlgemeinten Bestrebungen fromme Wünsche bleiben, wie sie es bisher, trotz so mancher ernstern Warnung, welche in der Geschichte der alten und der neuen Zeit zu finden ist, fortwährend geblieben sind.

Ihre Commission könnte hier noch andere Momente herausheben. Sie würde es als Pflicht ansehen, dieß zu thun, wenn dieselben nicht in den Expertenberichten.

bereits eben so sachgemäß als eindringlich beleuchtet worden wären. Auch über verschiedene Bedenken und Einwürfe, welche dem Vorschlag für Errichtung der mehrerwähnten Bildungsanstalten entgegengestellt werden, können wir uns neuer Erörterungen enthalten, da dieselben theils in den gedruckten Rapporten, wie namentlich in dem IV. Abschnitt des Expertenberichts, theils neulich noch in der von der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft zu Gunsten der Errichtung einer schweizerischen Hochschule an die Bundesversammlung gerichteten Eingabe, welche ebenfalls gedruckt mitgetheilt wird, ihre Widerlegung gefunden haben.

Es bleibt uns nur noch übrig, die wichtigeren Abänderungsanträge herauszuheben, welche wir gegenüber dem Entwurf des Bundesraths, mit dessen Grundlagen die Commission im Wesentlichen einverstanden ist, in Vorschlag bringen, und dieselben etwas näher zu begründen, wobei der Berathung selbst vorbehalten bleiben kann, die Abweichungen, die außer den im gegenwärtigen Berichte bezeichneten beantragt werden, im Nationalrath nöthigenfalls mündlich zu beleuchten.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Wir haben vorerst für angemessen erachtet, auch solche Bestimmungen wieder aufzunehmen, durch welche der Zweck der Anstalt näher bezeichnet wird, und schlagen daher vor zwischen Art. 1 und 2 als neuen Artikel den Art. 2 des Entwurfs der Experten-Commission aufzunehmen:

Art. 2. Durch die Gründung der eidgenössischen Universität wird bezweckt:

- 1) Die Wissenschaft als solche, sowohl im Allgemeinen, als in ihrer besondern Richtung auf die Erforschung und Darstellung der Eigenthümlichkeiten der Schweiz zu fördern;
- 2) denen, welche eine höhere wissenschaftliche Berufsbildung in der Schweiz zu erwerben wünschen, die Gelegenheit dazu darzubieten;
- 3) auf eine freundschaftliche Verbrüderung der studierenden Schweizer aus allen Theilen der Eidgenossenschaft hinzuwirken, und dadurch zu der nationalen Einigung des gesammten Schweizervolkes beizutragen.

Da hier der Umfang einer solchen Anstalt in Frage kommt, so haben wir einer Petition zu erwähnen, welche von der Gesellschaft schweizerischer Thierärzte eingelangt ist (datirt vom 20. August 1851), und worin das Gesuch gestellt wird, „daß mit einer zu errichtenden schweizerischen Universität auch eine thierärztliche Bildungsanstalt verbunden werden möchte.“

Die Commission glaubt, es sei für einmal von einer solchen Ausdehnung der Anstalt zu abstrahiren. Sie verkennt keineswegs die Vortheile, die es haben müßte, wenn auch in Bezug auf das Veterinärwesen mehr geschehen, und den Anforderungen dieser Wissenschaft besser und vollständiger Genüge geleistet werden könnte, als dieß von kantonalen Anstalten erwartet werden kann. Allein wenn sie berücksichtigt, daß die Bildungsstufe, welche von den Schülern einer solchen Anstalt beim Zutritt zu derselben gefordert wird, der Natur der Sache nach bedeutend niedriger stehen muß, als bei denjenigen,

welche die Universität benutzen, daß endlich an manchen Orten, wo solche Anstalten schon bestehen, dieselben doch von der Universität getrennt gehalten werden, wenn sie endlich erwägt, mit wie manchen Schwierigkeiten schon die Gründung der Hochschule zu kämpfen hat, so scheint ihr nicht rathsam, auch noch das Veterinärwesen in den Kreis einer schweizerischen Hochschule zu ziehen.

Jedenfalls wäre die Commission, so ferne man auf das Gesuch der schweizerischen thierärztlichen Gesellschaft eingehen wollte, der Ansicht, daß eine derartige Anstalt als ein von der Hochschule getrenntes für sich bestehendes Institut erstellt werden müßte.

Wir beantragen, nach Art. 4 auch die Art. 6 und 7 des Expertenentwurfs wieder aufzunehmen:

Art. 6. „An allen Fakultäten finden jährlich zwei Kurse (Semester) von ungefähr gleicher Dauer statt.

„Diese Kurse beginnen und enden an den sämtlichen Fakultäten gleichzeitig.

„Der eine Kurs fängt im Frühling, der andere im Herbst an.

Art. 7. „Bei der Einrichtung der Kurse ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Studien an allen Fakultäten, sowohl im Frühlinge als im Herbst begonnen werden können.“

Die Bestimmung, daß die Lehrkurse in Semestern, und nicht in bloßen Jahreskursen gegeben werden, scheint uns von solcher Wichtigkeit zu sein, daß dieser Punkt im Organisationsgesetz um so weniger mit Stillschweigen übergangen werden kann, als es bekanntlich in dieser Beziehung in verschiedenen Ländern auch verschieden gehalten wird, indem z. B. an deutschen Universitäten Halb jahrkurse eingeführt sind, während in Frankreich das System ganzer Jahreskurse aufgenommen ist.

Für die aus den kantonalen Gymnasien an die Universität übertretenden Zöglinge ist es nun aber von Werth, daß mit jedem Semester die Lehrkurse beginnen, da die Kurse an diesen kantonalen Anstalten bald im Frühjahr, bald im Herbst beendigt werden, und somit kein passender Anschluß gesichert wäre, wenn an den eidgenössischen Anstalten nur Jahreskurse gehalten würden.

Statt des Art. 8 des Vorschlags des Bundesrathes empfiehlt die Commission den Art. 19 des Expertenentwurfs aufzunehmen, um dadurch im Gesetz selbst eine Garantie zu geben, daß für Erlernung der drei Nationalsprachen jedenfalls besondere Sprachlehrer an der Universität angestellt werden:

Artikel. „Um den Studierenden die Erlernung der drei schweizerischen Nationalsprachen, so weit ihnen die Kenntniß derselben nothwendig ist und etwa noch abgehen sollte, möglichst zu erleichtern, werden für den Unterricht in diesen Sprachen eigene Sprachlehrer an der Universität angestellt und besoldet.“

Wenn die Commission in Berücksichtigung der vom Bundesrath entwickelten Gründe auch nicht so weit gehen will, einen jährlichen regelmäßigen Zuschuß zu der Gründung eines Universitätsfonds zu beantragen, wie dieß von Seite der Experten-Commission geschieht, so hält sie denn doch für zweckmäßig, solche Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, welche, so weit es die jährlichen Rechnungsergebnisse zulassen, auf allmähliche Bildung eines Universitätsfonds hinzielen.

Von dieser Ansicht ausgehend, beantragt sie (Art. 14)

festzusetzen:

- 1) Daß falls auf dem Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für die Universität ein Vorschlag gemacht

wird, eine diesem Vorschlag entsprechende Summe in den Universitätsfond fallen soll; und

- 2) daß durch Beschluß der Bundesversammlung je nach dem Stand der Jahresrechnung auch besondere Zuschüsse zum Universitätsfond dekretirt werden können.

Zweiter Abschnitt.

Von den Studierenden.

Art. 10. Da die akademischen Würden in einzelnen Fällen müssen ertheilt werden können, wo Auszeichnung durch Wissenschaft und Leistungen eine solche Ertheilung (honoris causa) rechtfertigt, ohne daß in solchen Fällen von einer voranzugehenden Prüfung die Rede sein kann, so trägt die Commission darauf an, im Art. 10 die Worte „nach erfolgter Prüfung“ zu streichen.

Art. 21. Statt dieses Artikels beantragen wir, die Bestimmungen der Artikel 26 und 27 des Entwurfs der Experten-Commission wieder aufzunehmen, um das Verhältniß der Entrichtung von Collegiengeldern näher zu bestimmen, und namentlich schon im Gesetz ein Maximum des Honorars vorzuschreiben.

Nach Art. 23 empfehlen wir einen Artikel wieder aufzunehmen, wie er schon von der Experten-Commission vorgeschlagen worden ist (c. S. 31), daß nämlich talentvollen Schweizerbürgern, welche sich an der eidgenössischen Universität eine höhere Bildung zu verschaffen wünschen, ohne die hiezu erforderlichen Mittel zu besitzen, eidgenössische Stipendien bewilligt werden können. Der Betrag der Summe, welcher hiefür verwendbar ist, würde alljährlich im Budget zu bestimmen sein.

Ihre Commission ist ganz einverstanden mit der Experten-Commission, daß daneben die in den Kantonen

bestehenden Stipendien fortbauern mögen. Aber es soll auch die Möglichkeit gegeben sein, talentvollen Jünglingen, welche aus ihren Kantonen keine Stipendien erhalten, von Seite des Bundes zu unterstützen und ihnen ihre Ausbildung zu erleichtern.

Dritter Abschnitt.

Von der Lehrerschaft.

Bei Art. 36, der den Gesamtbetrag festsetzt, welcher für Besoldung des Lehrpersonals nicht überschritten werden soll, tragen wir darauf an, daß die Summe von Fr. 300,000 auf Fr. 265,000 reduziert, somit um Fr. 35,000 herabgesetzt werde.

Wir glauben, es könne diese Reduktion eintreten, ohne daß der Zweck der Anstalt gefährdet und der Umfang derselben deshalb zu sehr beschränkt werde.

Die Commission veranstaltete eine spezielle Prüfung der bei jeder der verschiedenen Fakultäten anzustellenden Lehrerzahl, wobei sich ergab, daß dieselbe bei einzelnen Abtheilungen um etwas vermindert werden kann.

Das Verhältniß der an der Universität anzustellenden Lehrer dürfte nach den Ansichten Ihrer Commission sich folgendermaßen herausstellen, immerhin in der Meinung, daß einzelne Modifikationen in der Vertheilung der Lehrer auf die verschiedenen Fakultäten und Sprachen vorbehalten bleiben mögen.

A. Philosophische Fakultät.

22

a. Humanistische Wissenschaften.

	Deutsch.	Franz.	Ital.	
3 Professoren. Eigentliche Philosophie, Encyclopädie der Wissenschaften, Methodologie, Pädagogik	2	1	—	1
4 Professoren. Altclassische Philologie, Alterthums- kunde, Archäologie, Mythologie, Orientalische Philo- logie, Semitisch, Persisch, Indisch, vergleichende Sprachwissenschaft	3	1 od. Ital.		2
1 Prof. Deutsche Sprache, Sprachgeschichte und Li- teratur	1	—	—	—
1 Prof. Französische Sprachgeschichte und Literatur .	—	1	—	—
1 Prof. Italienische und andere romanische Sprachen	—	—	1	—
1 Prof. Englische Sprache u.	1	—	—	—
4 Prof. Geschichte und Geographie mit Hülfswissen- schaften, Spezialgeschichten, vaterländische Geschichten	2	1	1	1

Verminderung gegen-
über dem Entwurfe
des Bundesrathes.

b. Exakte Wissenschaften.

	Deutsch.	Franz.	Ital.	
3 Prof. Mathematik, reine und angewandte Mechanik, Geodäsie, mathematische Geographie, Astronomie etc.	2	1 od. ital.	—	—
4 Prof. Physik (Chemie u. Technologie) (Nationalität nicht streng zu bestimmen)	—	—	—	—
4 Prof. Naturgeschichte; Mineralogie und Geologie, Botanik, Zoologie	2	1	1	1

c. Staatswirthschaft.

	Deutsch.	Franz.	Ital.	
3 Prof. Statistik, Volks- und Staatswirthschaft, Finanz- und Handelswissenschaft	2	1 od. ital.	—	—

29 Professoren.

Theologische Fakultät.

Da diese in der organischen Gliederung des Dozenten-Corps zählt, so wird sie hier als zwei Fakultäten aufgeführt.

B. Katholische theologische Fakultät.

Veränderung gegen-
über dem Entwurfe
des Bundesrathes.

	Deutsch.	Franz.	Ital.	
2 Professoren. Theologische Encyclopädie, Metho- dologie, Apologetik, Symbolik, spezielle Dogmatik	1	1	—	—
2 Prof. Bibelstudien, Einleitung und Exegese .	1	1	—	—
2 Prof. Kirchengeschichte, Patristik und Patrologie	1	1	—	—
1 Prof. Jus canonicum	1	—	—	—
3 Prof. Moral (mit Kasuistik), Pastoraltheologie, Katechetik, Homiletik, Liturgie	1	1	1	1
<hr/>				
10 Professoren.				

C. Protestantische theologische Fakultät.

	Deutsch.	Franz.	Ital.	
2 Professoren. Bibelstudium des alten und neuen Testaments, nebst Hülfswissenschaften desselben, Kritik und Hermeneutik	2	—	—	1

1 Prof. Bibelstudien des alten und neuen Testaments	—	1	—	—
2 Prof. Kirchengeschichte und Kirchenrecht	1	1	—	—
3 Prof. Systematische Theologie, Dogmatik, Dogmengeschichte, Moral	2	1	—	—
2 Prof. Praktische Theologie, Katechetik u. Homiletik	1	1	—	—
<hr/>				
10 Professoren.				

D. Juristische Fakultät.

	Deutsch.	Franz.	Ital.	
1 Professor. Philosophie des Rechts mit vergleichender Rechtswissenschaft (Sprache unbestimmt)	1	—	—	—
2 Prof. Allgemeines Staatsrecht, Völkerrecht, schweizerisches Staatsrecht, Verwaltungsrecht	1	1 od. ital.	—	—
3 Prof. Römisches Recht	2	1	—	—
2 Prof. Deutsches Recht und deutsch-schweizerisches Partikularrecht vom vergleichenden Standpunkt; auch Handelsrecht	2	—	—	1

	Deutsch.	Franz.	Ital.	
1 Prof. Deutscher Civilprozeß und partikularer Civil- prozeß	1	—	—	—
2 Prof. Französisches Recht, französischer Civilprozeß und vergleichendes Partikularrecht; auch Handels- recht	—	2	—	—
2 Prof. Kriminalrecht und Prozeß	1	1	—	—
1 Prof. Tessinisches Recht	—	—	1	—
Das Kirchenrecht mit einer der obigen Stellen verbunden.				
<hr/>				
14 Professoren, davon die Sprache von einem unbe- stimmt gelassen, sonst	7	5	1	—

E. Medizinische Fakultät.

	Deutsch.	Franz.	Ital.	
4 Professoren. Anatomie, Physiologie, pathologische Anatomie, Histologie, mikroskopische, vergleichende Anatomie	3	1 od. Ital.	—	—
2 Prof. Allgemeine Pathologie und Therapie. Spezielle Pathologie. Spezielle Therapie mit Klinik .	1	1	—	1
1 Prof. Materia medica, Rezeptirkunst, Polyklinik.				
1 Prof. Chirurgie, Verbandlehre, Operationskunst mit Klinik.				
1 Prof. Geburtshülfe mit Klinik	—	—	—	—
2 Prof. Gerichtliche Medizin- und Sanitätspolizei	1	1	—	—
Für Psychiatrie wird kein besonderer Professor berechnet, da dieselbe von einem der übrigen Professoren übernommen werden kann	—	—	—	1
<hr/>				
11 Professoren und 2 Assistenten.				

Zahl der fig angestellten Dozenten und übrigen zum academischen Corps gehörenden Personen.

28

Philosophische Fakultät	29 Professoren.
Katholische theologische Fakultät	10 "
Protestantische theologische Fakultät	10 "
Juristische Fakultät	14 "
Medizinische Fakultät	11 "

Da;u kommen :

1 bis 2 Assistenten in der philosophischen Fakultät	2 oder 1 Prof.
2 Assistenten in der medizinischen Fakultät	2 "
2 Prosektoren " " "	2 "
2 Sprachlehrer " " "	2 "
	<hr/>
	8 oder 7 Professoren.
Summe des Personals :	<hr/> 82 oder 81 Professoren.

Besoldungs-Budget.

Von den 74 Professoren sind zwei Drittheile, also 49 ordentliche,
und 25 außerordentliche.

49 ordentliche zu durchschnittlich 3,600 Fr. = Fr. 176,400

25 außerordentliche zu durchsch. 2,000 Fr. = „ 50,000

Dazu hat die Commission für Besoldungen
an Prosektoren, Assistenten und Sprachlehrer
nebst freiem Kredit für Zulagen an Professoren
und Gratifikationen an Privatdozenten be-
rechnet „ 38,600

Summe des Besoldungs-Budgets „ 265,000

somit 35,000 Fr. weniger als nach dem Vorschlag des Bundesrathes.

Fünfter Abschnitt.

Von dem Bundesrath, als Oberbehörde der Universität, und dem Universitätsrath.

Art. 54. Die Commission glaubt, die Zahl von 5 Mitgliedern des Universitätsraths, der sich nach seiner Composition wie nach seiner ganzen Stellung als eine den Verhältnissen entsprechende Aufsichts-Commission qualifizirt, dürfte hinreichend sein, und beantragt daher eine Reduktion der Mitgliederzahl von 7 auf 5, den Präsidenten des Universitätsraths inbegriffen.

Wir hielten für angemessen, in diesem Abschnitt einzelne, die Organisation dieser Aufsichts-Commission näher regulirende Bestimmungen einzuschalten, so namentlich in den Art. 59—63.

Art. 59. Hier werden 5000 Fr. statt 6000 Fr. als eine dem Geschäftskreis des Präsidenten des Universitätsraths entsprechende Befoldung beantragt.

Art. 62. Wenn die Commission auch, wie der Entwurf, dem Bundesrath die ihm zukommende Autorität vollständig gewahrt wissen will, so hält sie anderseits doch für angemessen, auch solche Bestimmungen in das Organisationsgesetz aufzunehmen, welche dem Universitätsrath den nothwendigen Einfluß auf die Leitung und den Unterricht an der Anstalt sichern.

So ist die Commission zwar damit einverstanden, daß die Wahl der Professoren vom Bundesrath auszugehen habe; allein sie hält dabei doch für nothwendig, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, welche Sicherheit gibt, daß nicht Wahlen getroffen werden, ohne daß der Universitätsrath, als ein mit den Bedürfnissen der Anstalt wie mit den Eigenschaften des zu berufenden Lehrer-

personals präsumtiv vorzugsweise vertrautes Collegium, über die betreffenden Lehrer vorerst sein Gutachten abzugeben in den Fall kam.

Zu diesem Zweck tragen wir darauf an, folgende Bestimmung in den Entwurf einzuschalten (im Art. 71 des Entwurfs der Commission):

„Es kann Niemand, über welchen der Universitätsrath nicht sein Gutachten abgegeben hat, vom Bundesrath zum Professor, Profektor, Assistent oder Sprachlehrer gewählt werden.“

Sechster Abschnitt.

Von dem Sitze der Universität.

Wir beantragen in diesem Abschnitt als neue Bestimmung folgende aufzunehmen:

„Die Universität wird in denjenigen Theil der Schweiz verlegt, in welchem die deutsche Sprache herrschend ist.“

Schon der Umstand, daß die überwiegende Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung deutscher Sprache angehört, abgesehen von andern Verhältnissen, rechtfertigt diese Bestimmung.

Wir halten für nothwendig und zweckmäßig, daß bei Festsetzung des Sitzes beider Anstalten auf die Verschiedenheit der Sprache Rücksicht genommen werde.

Während wir daher darauf antragen, daß die Hochschule in der deutschen Schweiz ihren Sitz habe, schlagen wir in Bezug auf die polytechnische Schule vor, daß sie ihren Sitz in demjenigen Theil der Schweiz erhalten soll, in welchem die französische Sprache herrscht.

Da anzunehmen ist, daß jede dieser Anstalten, wenn auch Schweizer der verschiedenen Zungen daselbst ihre

Ausbildung suchen und finden werden, doch in höherem Maaße von den Jünglingen derjenigen Sprache benutzt werden wird, welche am Sitz derselben die herrschende ist, so soll durch diesen Vorschlag auch in dieser Richtung eine unsern Verhältnissen möglichst entsprechende Ausgleichung der Interessen der Bevölkerung nach den Nationalsprachen erzielt werden. Sodann wird in dieser Weise auch noch der Vortheil erreicht, daß diejenigen schweizerischen Jünglinge, welche die polytechnische Schule besuchen, desto mehr mit der französischen Sprache vertraut werden, was gerade bei dieser Classe von Schweizerjünglingen sich als besonders zweckmäßig herausstellt.

Es bleibt uns am Schlusse dieses Theils unserer Berichterstattung nur noch übrig, das Budget der Ausgaben für die Universität aufzuführen, wie sich dasselbe nach dem Vorschlage der Commission gestalten würde.

Es ist folgendes:

Budget der Ausgaben für die Universität.

		Franken.
I. Besoldung des Lehrpersonals		265,000
II. Sammlungen :		
a. Bibliothek :		
Anschaffungen	Fr. 10,000	
Personal	" 2,000	
	12,000	
b. Chemisches Laboratorium :		
Unterhalt	Fr. 3,000	
Abwart	" 700	
	3,700	
c. Physikalisches Cabinet :		
Anschaffungen und Versuche	Fr. 2,000	
Abwart	" 700	
	2,700	
Uebertrag:	Fr. 18,400	265,000

Franken.
265,000

Uebertrag: Fr. 18,400

d. Mineralogische, geologische Sammlung:

Anschaffungen	Fr. 1,500
Untersuchung des Landes	" 1,300
Abwart	" 700

3,500

e. Botanik:

Unterhalt des Gartens	Fr. 9,700
Personal	" 4,300
Herbarien	" 800
Abwart	" 700

(15,500)

NB. Ohne den Pflanzenhandel in Verbindung mit dem botanischen Garten. Dagegen mit dem Pflanzenhandel nur

8,500

f. Zoologische Sammlungen, inbegriffen vergleichende Anatomie:

Unterhalt	Fr. 1,500
Assistenten	" 600
Ausstopfer	" 900

3,000

g. Anatomische Sammlung:		
Unterhalt	Fr. 1,200	
Personal	" 1,300	
	<hr/>	2,500
h. Physiologische Sammlung:		
Unterhalt	Fr. 1,400	
Assistent	" 600	
	<hr/>	2,000
i. Klinische Anstalten:		
Geburtshilfsliche	Fr. 150	
Chirurgische	" 200	
Pharmaceutische	" 150	
	<hr/>	500
Unvorhergesehenes		600
	<hr/>	39,000
III. Für praktische Uebungen der Studierenden, so wie für Preise		3,000
IV. Stipendien		5,000
		<hr/>
	Uebertrag: Fr. 312,000	

Uebertrag: Fr. 312,000 36

V. Beamtungen und Verwaltungen:

1) Präsident des Universitätsraths	Fr. 5,000
2) Universitätsrath, Entschädigung und Reisegelder	" 3,000
3) Kanzlei, Quästur und Drucksachen	" 6,000
4) Pedelle	" 3,000
5) Heizung und Beleuchtung	" 6,000

23,000

VI. An den Pensionsfond jährlich 2,000

Fr. 337,000

An dieser Summe hat der Ort, an welchem der Sitz der Hochschule ist, nach
S. 89. beizutragen " 70,000

Es hätte somit die Bundeskasse für die eidgenössische Hochschule alljährlich zu
bestreiten die Summe von Fr. 267,000

Dabei ist wohl zu berücksichtigen, daß in den ersten Jahren jedenfalls noch nicht diese ganze Summe zu verausgaben wäre, indem es im Interesse der Anstalt selbst liegt, daß nicht gleich im Anfang die ganze Zahl der für die Anstalt vorgesehenen Lehrer angestellt werde; sondern nur allmählig, wie dieß schon eine tüchtige Besetzung der Lehrstellen nothwendig macht, so daß voraussichtlich einige Jahre hindurch eine niedrigere Summe als obiger Voranschlag ausweist, zur Bestreitung der Ausgaben für die Universität verwendet würde, ein Umstand, der mit Beziehung auf die finanzielle Seite der vorliegenden Frage alle Berücksichtigung verdient.

Entwurf zu einem Bundesgesetze, betreffend eine eidgenössische polytechnische Schule.

Wir können die Berichterstattung über diesen Theil unsrer Aufgabe kurz fassen. Was das Bedürfniß einer solchen Anstalt, die mannigfachen Vortheile, welche sie für unser Vaterland mit sich bringt, ihren Umfang und die Organisation in ihren Grundzügen betrifft, so geht die Commission ganz einig mit dem Bericht der Experten-Commission, dem sich auch die Botschaft des Bundesrathes angeschlossen hat.

Wir wollen das, was im Bericht der Experten-Commission in all' diesen Beziehungen umständlich entwickelt wird, nicht wiederholen; sondern beziehen uns auf jene Erörterungen, die alle Hauptbestimmungen des Entwurfs mit Gründlichkeit beleuchten und rechtfertigen.

Die meisten der in diesem Gesetzesentwurf von uns vorgeschlagenen Abänderungen sind nichts anderes als ein Anpassen an die entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes über die Hochschule, indem wir — so weit nicht die Grundlage und das Wesen der Anstalt Abweichungen fordert — möglichste Uebereinstimmung in der Organisation dieser Anstalten zu erzielen suchten. Es gilt dies namentlich von den Abschnitten über die Lehrerschaft, die Lehrerversammlung, die Aufsichtsbehörden, die Stipendien und den Sitz der Anstalt. Wir halten nun aber nicht für nöthig, bei den einzelnen Artikeln auf die entsprechende Motivirung in der Berichterstattung über die Hochschule speziell zu verweisen; sondern glauben, daß gegenwärtige allgemeine Hinweisung genügen dürfte, indem es unschwer ist, jeweilen die entsprechende Bestimmung und

ihre Motivirung in dem Gesetzesentwurf über die Hochschule aufzufinden und zu vergleichen. Wir beschränken uns daher darauf, nur einzelne derjenigen Abänderungsanträge hervorzuheben, die diesem Entwurfe eigen sind.

Bei Art. 2 finden wir angemessen, nach dem Vorschlag der Experten-Commission die Bestimmung aufzunehmen, daß die polytechnische Schule auch zur theilweisen Ausbildung von Lehrern für technische Lehranstalten benutzt werden könne.

Art. 8 beantragen wir zu streichen, von der Ansicht ausgehend, daß die Nationalökonomie zu den Lehrfächern der eidgenössischen Hochschule gehören und Vorträge über Kriegswissenschaften eher an der eidgenössischen Militärschule gehalten werden sollen.

Art. 9 Damit nicht eine etwaige Abänderung in den an der polytechnischen Schule zu ertheilenden Unterrichtsfächern auch sogleich Aenderungen an dem Organisationsgesetze zur Folge haben müsse, halten wir für ganz angemessen, im Art. 9 die Bestimmung aufzunehmen, daß, wo sich das Bedürfniß zu einer solchen Aenderung herausstellen sollte, demselben auf reglementarischem Wege soll abgeholfen werden können.

Für eine sehr zweckmäßige Bestimmung hält die Commission den Art. 25 des Entwurfs der Experten-Commission, daß nämlich den vorgerückten Zöglingen behufs ihrer praktischen Ausbildung Gelegenheit verschafft werden soll, wichtige Bauwerke, Werkstätten oder industrielle Etablissements, die für die Berufsart, welcher sie sich widmen wollen, von Bedeutung sind, gründlich kennen zu lernen. Deshalb tragen wir darauf an, diese Bestimmung als neuen Artikel, nach Art. 21 in das Gesetz aufzunehmen.

Art. 31. Die Commission trägt darauf an, die für Besoldungen bestimmte Summe von Fr. 46,000 auf Fr. 50,000 zu erhöhen. Es geschieht dieß namentlich mit Rücksicht auf die Bestimmung des Art 8 des Entwurfs, wie er von der Commission vorgelegt wird.

Art. 52. Statt Fr. 5000 werden Fr. 4500, also nur Fr. 500 weniger als für den Präsidenten des Universitätsraths vorgeschlagen.

Wenn auch die Geschäfte des Präsidenten des Schulraths bei der polytechnischen Schule nicht den gleichen Umfang haben, wie diejenigen des Präsidenten des Universitätsrathes, so sind die Anforderungen, welche an diese Stelle geknüpft werden, wenn sie ihrer Bestimmung genügen soll, doch so hoch zu stellen, daß die Commission eine Besoldung von Fr. 4500 nicht zu hoch findet.

Art. 67. In Beziehung auf den Sitz der Anstalt wird von der Commission folgende neue Bestimmung vorgeschlagen:

„Die polytechnische Schule wird in denjenigen Theil der Schweiz verlegt, in welchem die französische Sprache herrschend ist.“

Die Begründung dieses Antrags findet sich in dem Abschnitt über den Sitz der eidgenössischen Hochschule.

Als Beitrag des Kantons, in welchem die polytechnische Schule ihren Sitz haben wird, schlägt die Commission Fr. 16,000 vor. Es beträgt dieß ungefähr den fünften Theil der Gesamtausgaben. Es fällt zwar wohl der regelmäßige Jahresbeitrag an den Fond, wie er von der Experten-Commission bei der Universität sowohl als auch bei der polytechnischen Schule vorgeschla-

gen wurde, auch hier weg; dagegen wird von der Commission eine Erhöhung der für Besoldung vom Bund zu verwendenden Summe von Fr. 46,000 auf Fr. 50,000 vorgeschlagen; daher sie keinen hinreichenden Grund findet, die von der Experten-Commission beantragte Summe von Fr. 16,000 als vom Kanton des Sitzes der Anstalt zu leistenden Beitrag herabzusetzen.

Die Commission vermehrte sodann in diesem Abschnitt eine Bestimmung, wornach festgesetzt wird, daß an dem Ort, an welchem die Anstalt ihren Sitz erhält, Gottesdienst für katholische und evangelische Confession gehalten werden soll, was mit Rücksicht auf die Confessionsverhältnisse in der Schweiz gesetzlich festgestellt werden soll. Sie beantragt daher gleich wie bei der Universität auch hier eine hierauf bezügliche Bestimmung aufzunehmen (Art. 78 des Entwurfs).

Der Voranschlag der jährlichen Ausgaben für die polytechnische Schule wird sich nach den Anträgen der Commission folgendermaßen gestalten:

I. Besoldung des Lehrpersonals u. s. w.:

1) Besoldung der Professoren und Assistenten	Fr. 50,000
2) Besoldung der Gehülfen im Laboratorium, in den Werkstätten und beim Feldmessen	„ 2,500
3) Besoldung eines tüchtigen Arbeiters in den mechanischen Werkstätten	„ 1,500
	<hr/>
	Fr. 54,000
Uebertrag:	Fr. 54,000

Uebertrag: Fr. 54,000

II. Verwahrung der Sammlungen zc.:

1) Sammlung geometrischer Instrumente und Zeichnungsvorlagen	Fr.	700
2) Sammlung von Maschinenmodellen	„	700
3) Sammlung von physikalischen Instrumenten	„	700
4) Sammlung von Zeichnungsvorlagen aller Art	„	600
5) Bedarf der mechanischen Werkstätten	„	1,500
6) Bedarf des Laboratoriums	„	2,000
7) Besorgung der Sammlungen	„	1,000

Fr. 7,200

III. Preise „ 1,000

IV. Stipendien „ 2,000

V. Beamten, Verwaltungen zc.:

1) Präsident des Schulrathes, Besoldung	Fr.	4,500
2) Mitglieder des Schulrathes: Taggelder und Reiseentschädigung	„	1,500
3) Sekretariat, Quästur, Drucksachen	„	3,300
4) Zulage für den Rektor	„	1,500

Uebertrag: Fr. 10,800 Fr. 64,200

	Uebertrag: Fr. 10,800	Fr. 64,200
5)	Bediennung	1,000
6)	Heizung u. Beleuchtung „	3,000
		„ 14,800
VI.	Beiträge an den Pensionsfond	500

	Summa der jährlichen Ausgaben: Fr. 79,500
	woran der Kanton, in welchem die Anstalt
	den Sitz erhält, zu leisten hat
	„ 16,000

Die jährlichen Ausgaben des Bundes für die polytechnische Schule betragen demnach Fr. 63,500

Die Gesamtausgaben, welche der Bund für die beiden Anstalten, die eidgen. Universität und die polytechnische Schule, nach Abrechnung der Leistungen, welche den Kantonen, in denen diese Anstalten ihren Sitz erhalten, auferlegt werden, jährlich zu bestreiten hat, wären:

- 1) Für die Universität Fr. 267,000
- 2) Für die polytechnische Schule „ 63,500

Im Ganzen: Fr. 330,500

Es bleibt uns am Schluß unsers Berichtes nur noch übrig, eine Uebersicht derjenigen Petitionen zu geben, welche in Bezug auf den vorliegenden Beratungsgegenstand und zwar in verschiedenem Sinn an die Bundesversammlung eingelangt sind.

Es sind folgende:

A. Petitionen, welche sich gegen die Errichtung einer schweizerischen Hochschule aussprechen:

- 1) Eine Petition, unterzeichnet von 83 Studierenden in Lausanne, d. d. 25. Juni 1852.
- 2) Eine solche aus dem Kanton Bern, unterzeichnet von 38 Studierenden in Bern, d. d. 29. Juni 1852.

- 3) Eine solche von Basel, d. d. 1. Juli 1852, mit 37 Unterschriften.
- 4) Eine solche von Genf, vom 17. Juli 1852, mit 63 Unterschriften von Studierenden an der Akademie und am Gymnase libre.

B. Petitionen, welche sich für die Errichtung einer schweizerischen Hochschule erklären :

- 1) Eine Petition von Studierenden in Zürich mit 107 Unterschriften.
- 2) Eine solche von Studierenden von Bern mit 84 Unterschriften, von Aarau mit 20 Unterschriften, von St. Gallen mit 24 Unterschriften, von Basel mit 13 Unterschriften.
- 3) Eine solche von Schaffhausen mit 4 Unterschriften.
- 4) Eine solche von der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft vom 15. Nov. 1853.
- 5) Von schweizerischen Studierenden auf den Universitäten Heidelberg, Tübingen und Würzburg, mit 63 Unterschriften, d. d. 12. Juli 1852.

Indem wir hiemit den Bericht der Mehrheit der Commission schließen, finden wir uns bewogen, am Schlusse desselben aus der letzten der eben erwähnten Petitionen eine Stelle herauszuheben, diejenige nämlich, in welcher die Schweizerjünglinge, die ihre wissenschaftliche Ausbildung auf den Universitäten des Auslandes suchen, an die Vertreter der schweizerischen Nation folgenden Zuruf richten :

„Schaffen Sie einen geistigen Einigungspunkt für die ganze Nation. Eine gemeinsame Bildungsstätte, volksthümlich angelegt, wird sicherer und dauernder als jede politische Centralisation unser Volk zur wahren Einheit führen, zu jener, die in

„der Geistesverwandtschaft und im freiwilligen Zusammenwirken besteht. Unser Vaterland verdankt den letzten Jahren so manches schöne und gemeinnützige Werk, dem neuen Bunde namentlich so manche Verbesserungen und Schöpfungen auf dem materiellen Gebiete.“

„Tit. Sie können nicht wollen, daß die geistigen Interessen zurückbleiben. Jetzt ist der Moment, nachdem die dringendsten materiellen Fragen ihre Lösung gefunden haben, dem schon vor zwanzig Jahren mächtig angeregten und Ihnen in neuerer Zeit so beharrlich empfohlenen Hochschulproblem die volle Kraft zuzuwenden.“

Bern, den 4. August 1853.

Die Mehrheit
der nationalrätlichen Commission:

Dr. Escher.

Blanchenay.

Stämpfli.

Trog.

Pioda.

Dr. Kern, Berichterstatter.

(Die Fortsetzung folgt in nächster Nummer.)

Entwurf zu einem Bundesgesetze

über

das Verfahren bei Zollübertretungen.

(Vom Bundesrathe durchberathen am 28. Christmonat 1853.)

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht eines Vorschlages des Bundesrathes,
beschließt:

I. Einleitendes Verfahren bei den Verwaltungsbehörden.

Artikel 1. Die Uebertretungen der Bundesgesetze über das Zollwesen werden bei dem nächsten Bureau oder Bundesbeamten der Zollverwaltung oder bei einer kantonalen Polizeistelle angezeigt.

Art. 2. Im Falle der Entdeckung einer solchen Uebertretung ist jeder Zollbeamte oder Angestellter, so wie jeder Polizeibeamte oder Angestellter in den Kantonen verpflichtet, sich der Waaren, welche den Gegenstand der Uebertretung bilden, zu bemächtigen und sie unverzüglich mit Beschlagnahme zu belegen.

**Bericht und Anträge der Majorität der nationalrätlichen Kommission zu den
Gesetzesentwürfen, betreffend Errichtung einer eidgenössischen Universität und einer
eidgenössischen polytechnischen Schule. (Vom 4. August 1853.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1854
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	01
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.01.1854
Date	
Data	
Seite	1-45
Page	
Pagina	
Ref. No	10 001 310

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.